

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede zum Ausgrenzungsgesetz

„Bildung von Anfang an“ war das Motto der GEW bei ihrem letzten Gewerkschaftstag 2013.

„Ausgrenzung von Anfang an“ scheint dagegen das Motto der CSU bei ihrem Etikettenschwindel „Integrationsgesetz“ zu sein.

Denn:

Was ist das, wenn man Kindern und Jugendlichen die Chance zu Bildung verweigert?

Was ist das, wenn man Erwachsenen keine Sprachkurse anbietet und gleichzeitig Strafen androht, wenn sie nicht ordentlich Deutsch lernen?

Was ist das, wenn man von Menschen mit Migrationshintergrund, verlangt, sie mögen erst einmal die Bibliotheksordnung zur Kenntnis nehmen, bevor sie sich ein Buch, möglicherweise in deutscher Sprache, ausleihen?

Wir, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, **sind für Integration.**

Wir wollen, dass Integration gelingt.

Wir wollen, nicht ausgrenzen.

Das beginnt eben mit „Bildung von Anfang an!“

Dazu gehört z. B. ein ausreichender Personalschlüssel in den Krippen und Kitas. Dazu gehören kleinere Gruppen und ein erheblich besserer Betreuungsschlüssel und Qualifikationsangebote für die Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen.

Dazu gehört, dass Kindern und Jugendlichen, die geflüchtet sind, in Schulen lernen können nicht nur die deutsche Sprache.

Dazu gehört, auch ein Angebot an die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, sich zu qualifizieren sowie die Verringerung der Klassenstärken.

Dazu gehört, die Qualifizierung der Schulpsychologen im Umgang mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen und natürlich eine drastische Aufstockung der Stellen auch für Schulsozialpädagogen.

Dazu gehört, mit dem unsäglichen Gerede von Leitkultur aufzuhören. Vielmehr ist Vielfalt ein riesiger Vorteil. Das Belegen aller Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen in den Kitas und Schulen.

Dazu gehört auch eine Verbesserung der Situation in den Jugendämtern und sozialen Einrichtungen.

Bildung ist ein Menschenrecht.

Die Menschenrechtscharta gilt auch in Deutschland. Bekanntlich gehört auch Bayern dazu.

Wer dieses Recht verweigert oder nur in völlig unzureichendem Maße gewährt, wie z. B. in Bamberg nur max. 12 Stunden pro Woche gewährt, ignoriert dieses Grundrecht. Die Staatsregierung verstößt aber nicht nur dagegen. Sie verstößt damit auch gegen das bay. EUG., ein Gesetz, das eine CSU-Mehrheit im Landtag beschlossen hat.

Den Unterricht, dann auch nur in englischer Sprache zu geben, ist der Gipfel an Ignoranz und Ausgrenzung den Kinder und Jugendlichen gegenüber. Was müssen diese Kinder wohl von unserem Land denken?

Was aber geht da in den Köpfen der Verantwortlichen in der Staatskanzlei vor?

Hr. Seehofer und Hr. Herrmann:

Vielleicht wäre ein Besuch eines Volkshochschulkurses zur politischen Bildung sinnvoll. Aber mit der Sparpolitik ihres zuständigen Ministers Spaenle, haben sie dafür gesorgt, dass solche Kurse kaum noch stattfinden.

Dieses Verständnis von Weiterbildung wird in ihrem Entwurf auch deutlich:

Weiterbildung findet hier nicht statt!

Auch wenn sie den Begriff nun auf unsere Kritik hin in die Begründung dieses Ausgrenzungsgesetzes aufgenommen haben, im Gesetzestext ist davon nichts zu lesen!

Dabei wäre genau das ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Integration.

Statt am Sonntagabend von lebenslangem Lernen zu schwadronieren und das Erlernen der deutschen Sprache als Schlüssel zur Integration anzupreisen, steht dazu Nichts in diesem Gesetzesentwurf!

Das würde ja bedeuten, die Erwachsenenbildung zu stärken, dafür zu sorgen, dass gut ausgebildete Pädagogen hier tätig werden können und von ihrer Arbeit auch leben können.

Für Hungerhonorare ist heute kaum noch jemand bereit, nach Studium und Zusatzqualifikation, zu arbeiten.

Dagegen wird viel gefordert und wenig bis nichts gefördert.

Wir wollen in der Erwachsenenbildung, in den Integrationskursen Wissen und die deutsche Sprache vermitteln. Druck und Sanktionen waren noch nie gute pädagogische Begleiter, im Gegenteil!

Wir wollen nicht zum Vollstrecker von Sanktionen werden. Wir wollen integrieren und nicht ausgrenzen!

Dieser Gesetzesentwurf verdient die Bewertung „Thema verfehlt“, die Note „Ungenügend“ und die Bemerkung „Vorrücken stark gefährdet!“

Kritik der GEW

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat den Gesetzesentwurf heftig kritisiert, denn

- Erwachsenenbildung nicht vorgesehen
- keine Personalstunden für gelungene vorschulische Sprachförderung
- keine Fortbildungen für Deutsch für Kindertagesstätten & Grundschulen
- teilweise Abschaffung der allgemeinen Schulpflicht
- Verpflichtung der Erziehung „in Ansehung der Leitkultur“
- repressive Ausrichtung mit Geldbußen an vielen Stellen, „bußbewehrte Pflichten,
- „repressive Sanktionen“ oder „konkreter Akzeptanzdruck“
- keine Förderverpflichtung des Staates